

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

6.3.1923 (No. 55)

Expedition: Karlsruher Str. 14
Telefon: Nr. 953 und 954
Verleger: Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Beantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur: C. A. u. d. Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für März 1920 4. — Einzelnummer 150 A. — Anzeigenpreise: 125 A für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Abgabe, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipische Anzeigen sind nicht an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Beschriftung und die Beschriftung der Briefe zu beachten. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Nachschubmangel, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in dem eines Lieferanten hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Vermögen- und Einkommensteuererklärung.

** Vor kurzem ist in der Presse bekanntgegeben worden, daß den Steuerpflichtigen mit Rücksicht auf den dem Reichstag zurzeit vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über die Verwirklichung der Geldwertminderung in den Steuererklärungen Vorzüge zur Abgabe der Vermögenssteuer, und der Einkommensteuererklärung erst nach näherer Bekanntmachung zugesandt oder ausgetauscht würden. Der Entwurf des Geldwertminderungsgesetzes konnte nicht so schnell verabschiedet werden, wie es ursprünglich vorgesehen war. Infolgedessen wird die Frist für die Abgabe der Steuererklärungen auf den Monat März festgesetzt werden. Nähere Bekanntmachung hierüber wird noch erlassen werden. Die Steuerpflichtigen werden aber gut daran tun, sich schon jetzt alle für die Erklärung erforderlichen Unterlagen (z. B. Bankauszüge) zu verschaffen, damit sie in der Lage sind, ihre Steuererklärungen rechtzeitig und schnell abzugeben.

Was die Zwangsanleihe anlangt, so wird nach den Beschlüssen des Reichstagsausschusses der Zeitpunkt, bis zu dem die Pflichten spätestens zwei Drittel der von ihnen zu zeichnenden Zwangsanleihe im voraus zu zeichnen und einzuzahlen haben, bis zum 31. März 1920 hinausgeschoben werden. Der Steueranspruch des Reichstags hat in 1. Lesung beschlossen, den Zeichnungspreis für die Zeichnungen im März wie für die Zeichnungen im Februar auf 100 Prozent festzusetzen.

Verpflegungssätze im Landesbad in Baden und im Landessolbad in Dürheim.

** Mit Wirkung vom 11. März 1920 erfahren die Verpflegungssätze für Kranke im Landesbad in Baden und im Landessolbad Dürheim eine weitere Erhöhung. Trotz dieser Erhöhung betragen die Sätze erst das 1250-1400fache der Vorkriegspreise, während die auf den 21. Februar festgesetzte Landesindexziffer eine Steigerung über das 2400fache ausweist. Die Verpflegungssätze müssen auch hiernach noch als sehr mäßig bezeichnet werden und ermöglichen noch Muren, die anderswo für dieses Geld nicht möglich sind.

Bekehrung eines Franzosenschwärmers.

.. Aus Ostavia wird uns geschrieben: „Der hiesige „Jawa Bode“ hat am 17. d. M. einen Artikel „Bae victis“ gebracht, der wohl eine besondere Beachtung verdient. Einmal nämlich bildet er einen wirkungsvollen Gegensatz zu den verlogenen telegraphischen Nachrichten aus Warschau und Paris, mit denen die niederländisch-indische Presse überflutet wird und zweitens stellt er ein bewundernswertes christliches Bekenntnis eines früheren Franzosenschwärmers dar und sagt den Franzosen so gründlich die Wahrheit, wie es kaum ein Deutscher je getan hat. Die Hauptstellen des Artikels lauten:

Für uns Kriegs-Germanophoben ist viel zu revidieren. Lassen wir uns ehrlich sein. Der Krieg hat viele von uns aus dem Gleichgewicht gebracht. Wir haben sinnlos gekämpft und geschlachtet, wir haben anti-geklüht und pro-geklüht.

Die gefährliche Rhetorik ist vorüber, die Ruhe ist zurückgekehrt, wir denken über unsere Handlungen und Übertreibungen nach. Unser nichterner Verstand erhebt das Haupt und straft uns mit einem einzigen Wort: „Idioten!“ Wir sind auf den Kopf gefallen, mit Leib und Seele! Wir haben die Deutschen Hunnen und Barbaren und noch weiß Gott was gescholten. Wir haben uns in Bewunderung gebeugt vor „la douce France“ und wenn wir sehr den Koller hatten, dann riefen wir: „Jeder hat ein zweifaches Vaterland, das seine und Frankreich.“

Die Franzosen haben wir auf ein hohes Piedestal gesetzt. Wir beschauten das suggestive Bild mit Liebe, unsere Augen erfassten die Konturen stets schärfer, und unwillkürlich kommt ein Seufzer über unsere Lippen: „Ist das unser großes Ideal?“

Ja, ist das das Ideal? Wir hatten die Franzosen als ritterliche Figuren in den großen modernen Roman transportiert. Wie oft haben wir nicht gesagt: „Wartet nur! Wenn die Franzosen einmal Sieger sind, dann werden Ihr das Benehmen eines wahrhaftigen Kultur-Siegers sehen...“

Sie sind Sieger geworden, sie zogen ins feindliche Land ein und besetzten eroberte Gebiete. Sie hätten der Welt ein prächtiges Vorbild von Ritterlichkeit und Humanität geben können. Und was ist das Resultat? Daß die Besatzungstruppen zum Himmel schrien; daß der Ruhm besüßener und edelmütigen Franzosen in das Reich der Fabeln verwiesen werden kann; daß sie wohl zu siegen, den Sieg aber nicht würdig zu tragen wissen.

Dem was hier in Deutschlands geschicht, ist ebenfalls schrecklich. Hier herrschen französische Arroganz und französischer Terror, französische Unrechtmäßigkeit, französische Taktlosigkeit und französischer Militarismus auf deutschen Leisten geschlagen. Alle Ableugnungen von französischer Seite können zur Seite gelegt werden; die Tatsachen sind da! Der stärkste Beweis ist wohl in den Sympathie- und Antipathie-Gefühlen der besetzten Bevölkerung zu finden. Wohin man im besetzten Gebiet auch kommt, überall findet man eine leidenschaftliche Verwünschung der Franzosen und eine gewisse sympathische Annäherung an die Engländer und Amerikaner.

Es sind keine politischen Erwägungen, welche diese Haltung bestimmen, sie ist vielmehr einzig verursacht durch eine gewisse würdige Menschlichkeit. Die angelsächsischen Hand drückt schwer; aber sie ist die Hand eines Gentleman, die französische Faust drückt schwer, aber sie ist die Faust eines brutalen Siegers!

Und dann die Himmel schreiende Arroganz mancher französischer Befehlshaber der Militarismus a outrance, die tägliche Taktlosigkeit, die ewige Parade des Siegers, das prächtige Schmarotzen auf Kosten der deutschen Finanzen!

Raffen wir uns ehrlich sein! Was wir den Deutschen einmal übernahmen, müssen wir auch den Franzosen ohne Mitleid, unter die Nase reiben. Die Franzosensympathien schmälzen in allen Ländern zusehends weg! An wem liegt die Schuld? Dies ist der Seufzer eines Frankophilen...!

Eine Hilfe in der Not.

H. Duge, Staatl. Fischereidirektor a. D.

Befangen in grenzenlosen Siegesstolz und Satiismus versuchen Franzosen und Belgier das deutsche Volk seiner wirtschaftlichen Kraft zu berauben, um einen Vorwand für immer weiter gehende, auf den Zerfall des Reiches abzielende Gewaltmaßnahmen zu schaffen. Mit höchster Bewunderung sehen wir den entschlossenen Widerstand der überfallenen und geknechteten Rheinland- und Ruhrbevölkerung und ihre unermüdeten Festhalten am Reichsgedanken. Trotzdem eine neue Wadade über sie verhängt wird, Kinder und Weiber der schwersten Entbehrung der notwendigen Nahrungsmittel ausgehakt sind, trotzdem die wirtschaftlichen Betriebe unter dem Zwang von Boykott und Maschinengewehr immer mehr lahm gelegt werden, tritt ein wehrloses Volk dem Bedrückten manhaft und starkem Willen das Joch des Militarismus abzuschütteln entgegen. Nur ein Gedanke beherrscht alle Deutschen. Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr, wir wollen unseren leidenden Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr so weit nur unsere Kräfte reichen und zu diesem Zweck die ungestört arbeitenden Wirtschaftsbetriebe so produktiv als möglich gestalten. Zu diesen Betrieben gehört die deutsche Seefischerei, deren Arbeits- und Entzettel das freie Meer ist. Deutschland besitzt in seiner 400 Fahrzeuge starken Fischdampferflotte ein wirtschaftliches Arbeitsmittel von beträchtlicher Größe. Die im verflohenen Jahre an Zahl noch kleinere Flotte gewann aus der See 305 393 654 Pfund Fische im Werte von 9 729 727 430 Mark, trotzdem sie unter Kohlenmangel und anderen Schwierigkeiten vielfach schwer zu leiden hatte und für lange gute Fangzeiten zum Stillliegen gezwungen war. Besonders die Kohlennot beeinträchtigte die Ausübung der Seefischerei und noch mehr die Versorgung des deutschen Marktes in außerordentlich bedauerlicher Weise. Die Fischdampferflotte waren gezwungen, 60 Prozent des Bedarfs an Kohlen im Auslande zu kaufen, die infolge des Standes unserer Valuta Summen erforderten, die durch die Fischpreise an den deutschen Märkten nicht annähernd gedeckt werden konnten. Dieser Umstand stellte die Reedereien vor die Frage, entweder die Fischer einzustellen, die Dampfer stillzulegen und das Personal zu entlassen, oder zu versuchen, an ausländischen Märkten so viel Fische zu landen, daß die Betriebskosten gedeckt und der Betrieb aufrecht erhalten werden konnte. Wenn trotz dieser mislichen und ein sehr großes Risiko in sich bergenden Verhältnisse ungefähr 80 Prozent der Fänge an deutsche Märkte gebracht wurden, so zeigt das deutlich den ersten Willen der Hochseefischerei, Deutschland mit Fischen zu versorgen. Diese Anführer würden noch erheblich größer gewesen sein, wenn nicht zeitweilige Ausfuhrverbote die deutschen Fischmärkte demut und die Dampfer ins Ausland gezwungen hätten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die von der Seefischerei erzeugten Nahrungsmittelmenge in der heutigen Zeit der äußersten Not für unser Volk von der größten Bedeutung sind, ebenso wie die Aufrechterhaltung ihres Betriebes mit allen von ihr abhängigen Verkehrs- und Industriebetrieben, ein wertvoller Faktor unseres Wirtschaftslebens ist. Die Deutsche Hochseefischerei kann in der Tat eine Hilfe in unserer Not sein, wenn die Verbraucher den Wert und die Bedeutung ihrer Erzeugnisse mehr als bisher anerkennen und ihr die Möglichkeit geben, diese dem deutschen Volke zuzuführen, wie sie es gerne will. Das ist aber nur erreichbar, wenn ihre Bestimmungen von freundschaftlichen Verständnis des ganzen Volkes getragen werden und nicht versucht wird, durch unmögliche Forderungen und verfehlte Maßnahmen zum Ziele zu gelangen. Der Weg, unsere Fischdampferflotte für den deutschen Markt, der letzten Endes allein die Grundlage für sie bilden kann, in Tätigkeit zu setzen, ist eine Erhöhung der Nachfrage nach Seefischen, beruhen auf einer besseren und vielseitigeren Ausnutzung wie sie unsere Notzeit erfordert.

Politische Neuigkeiten.

Erneuter französischer Vormarsch.

Elsersfeld, 6. März. Die Franzosen sind nunmehr nach Kehlbrunn von dort nach Kronenberg und dann nach Remscheid marschiert. Von Remscheid ging die Spitze der Truppen am Nachmittag weiter nach Wipperfurth a. d. oberen Dupper vor. Der Vormarsch hat bisher eine Ausdehnung von 25-30 Kilometer erlangt.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ sind die Franzosen durch die neutrale Zone des englischen Gebietes marschiert und haben die in dieser Zone liegenden Ortschaften besetzt. Wie das Blatt schreibt, hat es den Anschein, als ob dieser Vormarsch die Verbindung des neubesetzten Gebietes mit dem Brückenkopf Koblenz herstellen soll. Auf diese Weise soll von Köln bis Basel eine einheitliche, von den Franzosen besetzte Zone geschaffen werden.

Griesheim a. M., 6. März. Gestern abend nach 7 Uhr drangen französische Soldaten in das hiesige Stationsgebäude ein. Die Eisenbahner legten daraufhin den Betrieb still. Von Frankfurt aus werden keine Züge mehr in der Richtung nach Griesheim-Nied abgefahren.

Aufruf an die Eisenbahner.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes beschloß am 2. März, folgenden, in der Mannheimer „Volkstimme“ abgedruckten, Aufruf an die Eisenbahnerschaft zu richten:

„An alle Eisenbahner!“

Die wehrfähige Bevölkerung hat in dem Abwehrkampf gegen den französischen Militarismus schwere Wunden hinter sich. Neben den Bergarbeitern steht das Personal der Verkehrsbetriebe in vorderster Linie und verteidigt sein Recht gegen Willkür und Gewalt. Die Franzosen und Belgier kamen angeblich als Freunde der Arbeiterklasse in das Ruhrgebiet. Mit lebenswürdigen Nebenarbeiten und Versprechungen glaubte man die Massen gewinnen zu können. Die aufgeregten Arbeiter- und Beamtenchaft war sich von vornherein bewußt, was sie von den fremden Militärs zu erwarten hat und blieb fest.

Dann zeigten die fremden Eroberer ihr wahres Gesicht und die Peitsche kam zur Anwendung. Mißhandlungen, Verhaftungen und Ausweisungen, ohne Rücksicht auf Frauen und Kinder, Kranke und Gebrechliche, ereignen sich täglich.

Die Brutalität übersteigt alle Grenzen. Man hat den Gipfel erklommen in der neuen Verordnung Nr. 147 der Rheinlandkommission. Unter Androhung der Todesstrafe sollen die deutschen Eisenbahner in den Dienst fremder Gewaltthäter gepreßt werden. Wer durch vorsätzliche Handlung oder Enthaltung einen Eisenbahntransport gefährdet, wird mit dem Tode bestraft. Wer den Eisenbahnverkehr in schwerer Weise oder für lange Dauer unterbricht, soll mit lebenslänglichem Zuchthaus oder Gefängnis bestraft werden.

Das dürfte das Angehorlichste und Grausamste darstellen, was sich in der neuen Epoche der Weltgeschichte bisher ereignet hat. Den offiziellen Vertretern eines großen Kulturvolkes blieb es vorbehalten, ein solches Denkmahl der Schande aufzurichten. Wir appellieren an das Gewissen der Welt, an die Eisenbahner und ihr Organisations im In- und Auslande und fordern sie auf, im Namen der Menschlichkeit und Humanität ihre Stimme zu erheben gegen die Barbarei des französisch-belgischen Militarismus. Der Glaube an Menschenrecht und Völkerverständigung darf nicht erstickt werden durch rohe Gewalt. Die friedliche Arbeit hat ein Recht auf den Schutz der gestützten Welt.

An unsere Kollegen in der gefährdeten Zone rufen wir den Appell, die bisherige musterhafte Haltung auch fernerhin zu bewahren. Die Hilfe und der Schutz der Organisation sind ihnen sicher, und die Sympathien aller Menschenfreunde der Kulturwelt dürfte ihnen gewiß sein.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes.
F. Schöffel, 1. Vorsitzender.

Politik der Gewalttaten und Morde.

Am 3. März, abends 11 Uhr, wurde in der Hermannstraße von Hörde der Ingenieur Ewald Dirks in Begleitung seines Freundes ohne jede Veranlassung von einem französischen Soldaten (anscheinend ein Unteroffizier) durch einen Revolver-schuß schwer verletzt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er seinen schweren Verletzungen erliegen ist. Der Franzose entfloh gleich nach der Mordtat. Zu derselben Zeit wurde der Schlosser Heinrich Wanger von einem französischen Offizier mit einem nicht erkennbaren Gegenstand ins Gesicht geschlagen, so daß Wanger sofort benommen wurde und blutüberströmt zu Boden fiel. Nach fast einer Stunde kam er unter den Händen eines Arztes wieder zur Besinnung. Der französische Offizier kümmerte sich nicht um den Verletzten.

Aus Essen wird gemeldet: In der Nacht vom Sonntag wurden zwei Bürger von Erhoff von zwei französischen Soldaten überfallen, die ihnen eine goldene Uhr sowie die Barthschaft in der Höhe von 45 000 M. abnahmen. In der gleichen Nacht wurde das Polizeirevier in der Berliner Straße von einem französischen Kommando umstellt und besetzt. Ein im gleichen Haus wohnender Gerichtsbeamter wurde, als er sein Haus betreten wollte von den französischen Soldaten erschossen.

Paris und die Einberufung des Reichstags

Das Ereignis des Tages ist für Paris die überraschende Einberufung des Reichstags. Einige Blätter veröffentlichten in Feindesdruck die sensationelle Nachricht, daß der Reichskanzler am Dienstag den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien ankündigen würde. Die meisten Blätter bezeichnen dieses Gerücht aber als ungläubwürdig, da man kaum annehmen könne, daß die Reichsregierung Frankreich einen Vorwand zu noch energischerem Vorgehen bieten werde. Sie und da taucht deshalb die Vermutung auf, der Reichskanzler werde am Dienstag die deutschen Vorschläge öffentlich bekannt geben in der Hoffnung, daß dadurch eine englisch-amerikanische Intervention herbeigeführt werde.

In französischen politischen Kreisen glaubt man im allgemeinen nicht an den Abbruch der Beziehungen. Man bemerkt dazu, daß ein derartiger Beschluß Deutschlands unter den gegenwärtigen Umständen ein Gegenstoß ins Wasser wäre und nur die Stellung Poincarés festigen würde.

Gewisse Pariser Kreise, besonders die extremen Nationalisten, würden den Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfreut begrüßen. Die gleichen Kreise befürchten am meisten die Veröffentlichung deutscher Vorschläge, die eine Fortführung der Neutralität in ihrer gegenwärtigen Gestalt als zwecklos erscheinen ließen. In ersten politischen Kreisen würde die durch den Abbruch verursachte Einauschiebung einer Verständigung bedauert werden. Der Gaulois versichert, daß die Verbündeten eine möglichst schnelle Lösung der Krise durch Verhandlungen mit Deutschland herbeiführen würden, aber bisher keine Gelegenheit zur Anknüpfung solcher Verhandlungen gehabt hätten, da diese Gelegenheit nur von Deutschland geboten werden könnte. Diese Feststellung des Gaulois gibt die Stimmung derjenigen Kreise, die den Abschluß der Neutralität durch einen Verhandlungsfrieden und nicht durch ein Diktat wünschen, zutreffend wieder.

Der Einbruch in der deutschen Botschaft in Rom.

In der Nacht vom 8. zum 4. März sind drei Männer in die Kanzleiräume der deutschen Botschaft in Rom eingebrochen; sie haben einen eisernen Schranck erbrochen und die dort befindlichen Dokumentenmappe herausgenommen. Infolge zehntägiger Verhaftung erregenden Beobachtungen in den dem Anschlag vorausgehenden Tagen hatte die Botschaft bereits Vorkehrungen getroffen, so daß die Täter sofort nach dem Einbruch durch das Personal, das sich in den Kanzleiräumen versteckt gehalten hatte, gefasst werden konnten. Einem der Eindringlinge gelang es, bei dem entstehenden Kampf zu entkommen. Die andern zwei konnten festgenommen werden und wurden Beamten des italienischen Außenministeriums und von diesen der Polizei übergeben. Legationssekretär Altenburg hat einen Fleißschuß durch den Oberschenkel erhalten und befindet sich außer Lebensgefahr. Der Raub der Akten und Briefe ist vollständig vereitelt worden.

Die Sozialdemokratie für eine Reform des Wahlrechts.

Gegen das Listenwahlrecht sind viele Bedenken, auch von Seiten der Sozialdemokraten erhoben worden. Aber die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Wahlrechtsreform schreibt nunmehr in Nr. 52 der „Badische Beobachter“ u. a. folgendes:

„Es ist darum als ein erfreulicher Fortschritt bei der Sozialdemokratie zu bezeichnen, wenn auch dort in der letzten Zeit sich die Kritik an dem Listenwahlrecht offen hervorwagt. Kürzlich ist dieses System von dem früheren Staatssekretär August Müller in einem Berliner Blatte kritisiert worden. Neuerdings nimmt auch die sozialdemokratische Wochenschrift „Die Glocke“ zu der Frage Stellung. In ihrer Nummer 48 verlangt Kurt Eichner ganz offen „eine Wahlrechtsreform“, deren Ziel dahin gehen muß, unter Beibehaltung der Gerechtigkeit des jetzigen Verfahrens es seines unpersönlichen Charakters zu entkleiden und die vernachlässigte Auslese der Tüchtigsten im Wahlkampf wiederherzustellen. Ein erster Schritt hierzu wäre die bedeutende Verkleinerung der Wahlkreise und damit der Listen. Wörtlich schreibt er:

„Vierjährige Erfahrung dürfte gezeigt haben, daß diese Gerechtigkeit (er meint die Vertretung der Minderheiten) nicht das Ein und Alles ist, denn das Listenwahlrecht schädigt die Qualität. Es verlangt nicht die gleiche, sorgfältige Personen-

auswahl, wie das „Einzel-Wahlrecht“. Nachdem er das im einzelnen begründet hat, fährt er fort: „Daher kommt es, daß die Wähler aller Parteien — hier gilt keine Ausnahme — sich immer mehr mit Abgeordneten füllen, die Gattungsbildung, keine Persönlichkeit sind. Der Verbandssekretär, der ganz und gar in einem einseitigen engbegrenzten Interesse aufsteht, beherrscht die parlamentarische Bühne. Er ergreift einmal im Jahre das Wort, nämlich, wenn sein bestimmter Interessentenkreis zur Verhandlung steht. Dann redet er mit ungeheurer Material- und Detailkenntnis, aber doch ohne persönliche Note, eben wie ein Interessent redet. Die anderen Vorgänge im Parlament interessieren ihn wenig. Persönlichkeiten von umfassender Individualität setzen sich demgegenüber ungeheuer schwer durch.“

Kurt Eichner sieht in dem jetzigen Zustande eine schleichende Gefahr für die Demokratie als solche und verlangt, daß man sie ihr bei Zeiten vorbeuge. Wir sind derselben Ansicht und haben sie auch schon ausgesprochen.“

Kurze Nachrichten.

* Das deutsche Eigentum in den Vereinigten Staaten. Vor Schluß der Session hat der Wahnhaltener Senat in der letzten Sitzung am Samstag das Gesetz ratifiziert, wonach das deutsche Eigentum, das während des Krieges in den Vereinigten Staaten beschlagnahmt wurde, zurückgegeben werden soll, soweit der Betrag von 10 000 Dollar nicht überschritten wird. Es handelt sich im ganzen um eine Summe von 45 Millionen Dollar. Der Senat bewilligte außerdem einen Kredit von 300 000 Dollar für den Bau eines neuen Postamtsgebäudes in Paris. Ein Voranschlag, wonach der Zuckerpriest vom Staate festgesetzt werden soll, wurde abgelehnt.

* Die französische Kohlensteuer. Die Franzosen treffen, wie „Chicago Tribune“ aus Düsseldorf meldet, neue Maßnahmen zur Erleichterung der Kohlensteuer. Sie werden ein Schiedsgericht einrichten, um die Fördermenge der einzelnen Gruben festzustellen. Die Kohlensteuer soll am 15. jeden Monats fällig sein. Wird sie bis zum 18. nicht bezahlt, so wollen die Franzosen eine entsprechende Kohlenmenge plus 50 Prozent als Strafe fortschaffen. Ist am 20. noch nicht bezahlt, so wird das Privateigentum des Schenkbefähigten beschlagnahmt und nach Ablauf des Monats wird er vor das Militärgericht gestellt und solange gefangen gehalten, bis er bezahlt hat. Die Zahlungen haben an die Rheinische Diskontogesellschaft oder an eine andere zur Entgegennahme der Steuern akkreditierte Bank zu erfolgen. Die Hälfte der Steuer ist in ausländischer Währung zu zahlen. Die Franzosen glauben, daß sie 9 Millionen Dollars monatlich auf diese Weise herausbringen werden.

* Rücktritt Dectors. Das saarländische Mitglied der Regierungskommission Dr. Dector hat, wie die Regierungskommission mittelt, aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt. Gemäß den Anweisungen des Reichspräsidenten vom 13. Febr. 1920 wurde der ehemalige Landrat des Saarländers, Land, als stellvertretendes saarländisches Mitglied der Regierungskommission bezeichnet.

* Voller Frankenswährung für das Saargebiet. Die „Lothringische Volksstimme“ veröffentlicht einen Gesetzentwurf über die Einführung der Frankenswährung als einzige gesetzliche Währung des Saargebietes. Der Entwurf soll der am 15. d. Mts. beginnenden Landesparlamentarischen Versammlung zur „Begutachtung“ zugehen.

* Das erbeutete Eisenbahnmateriale in Effen. Die Besetzung des Effen Hauptbahnhofes am Samstag war der sechste große Zug der Franzosen, um rollendes Material für ihre militärischen Strecken zu bekommen. Der Vorstoß darf als der Hauptschlag bezeichnet werden. Nach Meldung aus französischer Quelle sind 43 Lokomotiven und 350 Wagen, darunter 200 mit Kohlen beladene, abtransportiert worden. Etwa 20 Lokomotiven konnten sich durch Flucht retten. Die Post befördert ihre Briefsendungen in Autos nach nahe gelegenen Orten, wo der Bahnhof verkehrt noch funktioniert. Die Franzosen erklären, noch nicht vorzusehen zu können, wann der Bahnhof wieder freigegeben wird. Wahrscheinlich ist das vorgefundene Wagenmaterial, das zerlegt werden soll, viel größer, als sie angenommen haben.

* Die Reparationskollaterale nach Holland und die Schweiz. Die Reparationskollaterale nach Italien und Holland werden weiter von den Franzosen festgehalten; ebenso werden die Schweizer Käse nicht wiederbefördert. Die Franzosen behaupten, daß die Holländer bereits ihr vertragsmäßiges Quantum erhalten haben und verhindern die weitere Abfuhr der Käse. In Holland behauptet man dagegen, daß das Quantum für den

Monat Februar allerdings erschöpft sei, daß aber im März bisher noch kein einziger Zug über die Grenze gekommen ist. Es steht zu erwarten, daß von holländischer Seite aus diplomatische Vorstellungen bei der Entente gemacht werden.

* Keine Stützstofflieferungen an Frankreich und Belgien. Die Reparationskommission hatte Vertreter der deutschen Regierung zu einer Besprechung über die Stützstofflieferungen an Frankreich, Italien und Belgien eingeladen. Auf diese Anforderung ist von deutscher Seite die Antwort ergangen, daß die deutsche Regierung sich wegen des Ruhrereignisses nicht in der Lage sehe, Lieferungen an Frankreich und Belgien auszuführen. Sie werde daher zu der geplanten Sitzung keinen Vertreter entsenden. Dagegen seien unmittelbare Verhandlungen wegen Stützstofflieferung mit den italienischen Vertretern bereits eingeleitet worden.

* Russische Getreidebesendungen. Zu der Ankunft der ersten seit Kriegsbeginn wieder in Deutschland emgetroffenen Schiffsladung russischen Getreides in Kiel erfährt die „Kieler Zeitung“ noch, daß dieses Schiff, das 50 000 Zentner Getreide brachte, der erste von acht russischen Dampfern ist, die in der nächsten Zeit mit Getreidebeladungen in deutschen Häfen zu erwarten sind. Insgesamt werden diese Dampfer zunächst etwa 20 000 Tonnen russischen Roggen nach Deutschland bringen. Die Einfuhr liegt in den Händen der Deutsch-Russischen Transportgesellschaft. Der hiermit wieder aufgenommene deutsch-russische Export erklärt sich auch bereits auf Werke aus Südrussland und auf Datteln.

* Ausland schickt Brot ins Ruhrgebiet. Aus Moskau kommen Meldungen, daß der Wirtschaftsrat des allrussischen Gewerkschaftsbundes beschlossen hat, den kämpfenden Ruhrarbeitern durch den Reichsausfuhr der deutschen Betriebsräte 500 000 Pud Brot, das sind 20 Millionen Pfund oder ungefähr zehn Millionen Loth Brot, zu übersenden. Dieser Beschluß wurde von der Exekutive des allrussischen Gewerkschaftsrates bestätigt.

Pfalz und Nachbarländer.

DZ. Speyer a. Rh., 6. März. Vor einigen Tagen retteten zwei deutsche Arbeiter unter Einwirkung ihres Lebens aus höchster Lebensgefahr einen französischen Soldaten. Letzterer hatte einen in der Nähe des ehemaligen Romerübungsplatzes im Rhein liegenden Kahn vom Ufer losgemacht, war von der Strömung erfasst worden und trieb hilflos der Schiffbrühe zu, unter die er von der reißenden Strömung hinabgerissen zu werden drohte, als er von den beiden deutschen Arbeitern im letzten Augenblick vom sicheren Ufer errettet wurde.

DZ. Landau (Pfalz), 6. März. Von dem französischen Militärpolizeigericht wurden folgende Personen verurteilt: 1. der Metallarbeiter Georg Weber in Queichheim zu 3 Monaten Gefängnis, weil er bei einer Wirtshauskontrolle einen französischen Gendarmen beleidigt haben soll; 2. die Haushälterin Cécile Debert in Neustadt erhielt eine Geldstrafe von 50 000 Mark oder 3 Monaten Gefängnis, weil sie die Frau eines französischen Offiziers und den Besuch der Offiziersfamilie, der bei der Dienstherrenschaft der Debert in Quartier ist, beleidigt haben soll; 3. der Student Jakob Stabel in Speyer, der an den großen Abschießübungen der Speyerer Bevölkerung bei der Ausdehnung des pfälzischen Regierungspräsidenten von Ehlingenberg teilgenommen und verhaftet worden war, zu 20 000 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt.

DZ. Zweibrücken, 6. März. Der Stembrecher Karl Schäfer aus Petersbach grub aus schmöder Gewinnsucht den seit drei Tagen verhafteten Kabauer eines benetzten Kalbes wieder aus und verkaufte das ungenießbare Fleisch um 1500 M. an den Kantinenwirt des Truppenübungsplatzes Ludwigswinkel. Wegen dieses Vergehens des Nahrungsmitteleigens wurde Schäfer von der Strafkammer Zweibrücken zu sechs Monaten Gefängnis, 50 000 M. Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust bei sofortiger Verhaftung verurteilt. — Infolge des anhaltenden Regenwetters sind ober- und unterhalb der Stadt Zweibrücken die Wiesenflächen und Niederungen bereits überschwemmt.

DZ. Firmasens, 6. März. Da die Schweinehändler dahier für Schweinefleisch 5400 M. das Fund Lebendgewicht verlangten, traten die Metzger in den Streik und beschloßen, kein Schwein zu schlachten. Daraufhin gaben die Händler nach und erklärten sich mit 4500 M. das Fund zufrieden, so daß die Verkaufspreise für Schweinefleisch herabgesetzt werden konnten.

II. Sinfoniekonzert.

In ihrem zweiten Sinfoniekonzert stellte die Konzertdirektion Müller den Musikdirektor der Kopenhagener Kap. Oper Karl Nielsen als Komponisten und Dirigenten vor. Nielsen steht am Übergang der nachklassischen und der modernen Musik. Mit der zuerst zu Gehör gebrachten Sinfonie Nr. 4 (Das Unauslöschliche) entäuerte er die Hörer. Es handelt sich zweifellos um ein früheres Werk, noch voller Gärten und Suchen. Die Phantasie ist groß, aber nicht reich. Gerne gibt er sich einem Wechselgefang der Instrumente hin, wie auch z. B. zwei korrespondierende Baufen an dem linken, bzw. rechten Flügel des Orchesters untergebracht waren. Das rein Melodische, orchestral wenig differenzierend instrumentierte Gefüge ist seine stärkste Seite. Zeigte sich dies schon im ersten Satz der Sinfonie bei dem von Konzertmeister Boigt hervorragend dargebotenen Violinolo, so stellte das nun folgende Violinokonzert mit Orchester (op. 33) den Nielsen in seiner warmen Konzeption vor den Zuhörer.

Das vom Königl. Kammermusiker Peder Müller aus Kopenhagen mit gleicher Virtuosität, Eingabe, langjähriger Wirkung und Leidenschaft gespielte Konzert zog die Hörerschaft in ihren Bann, die mit nimmer endemwollendem Beifall dankte. Nielsen zeigt hier, daß ihm die Eleganz der romanischen Musik, der Ernst der Deutschen und die Eigenart der nordischen Konzeption zu eigen sind, wenn er auch der deutschen nicht bis zur letzten Höhe ihrer faustischen Größe zu folgen vermag. Viel zu dem Beifall, mit welchem dieses Werk aufgenommen wurde, hat Nielsen seinem vorzüglichen Interpreten und dem trefflichen Orchester des Badischen Landes-theaters zu danken, das mit anerkannter Einfühlung und stimmungsvoller Wiedergabe eine Meisterleistung vollbrachte.

Die beiden letzten Programmnummern „Pan und Syrinx“ (Eine Naturscene für kleines Orchester) und der „Hahnenanzug“ (a. d. Iomischen Oper „Maskerade“), mit dem Nielsen 1906 großen Beifall in seiner dänischen Heimat fand, rundeten das Schaffen des Komponisten in der vorgezeichneten Linie harmonisch ab. In beiden Werken bleibt er in dem Rahmen, der er auszufüllen vermag. Das Wechselspiel verschiedener Instrumentengruppen schafft Stimmungsbilder satter Farbgebung, zarter Abgemessenheit und wohlthuender Linie, wenn sie sich vereinzelt auch nicht vom Flächen und äußerlichen freimachen konnten.

Man hätte gerne von dem prächtigen temperamentvollen Vortrager, der in tiefer Durchdringung das hohe Anforderungen stellende Konzert zur Wiedergabe brachte, mehr gehört. Er ist ein Musiker, wie man sie selten trifft. A. H.

* Singschule für Jugendliche. Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich ist, hat das Bad. Konservatorium für Musik hier Singschule für Jugendliche neu eingerichtet. Der als Fachlehrer ausgewählte Hauptlehrer Gustav Eghorn wurde bei Direktor Albert Greiner an der Städt. Singschule in Kurgsburg besonders vorgebildet. Diese steht ihrem Rufe nach an der Spitze der deutschen Jugendsingschulen.

* Dittreuschische Dichterspende. Der in Hedderng im Remond lebende Dichter Alfred Brust verleiht ein Schreiben, in dem er eine ihm zugedachte Spende ablehnt, weil er nicht so bedürftig sei. „Wohl aber gebe es ostpreussische Dichter mit Weltzug, die schon bitterste Armut drückt über das Gespenst der Not auf sich zuschleichen sehen. Ihnen durch einen Dank der Heimat beihilflich zu sein, ist aller Pflicht. Ich bitte deshalb, die Spende in eine „Heimatpende für Ostpreussische Dichter“ umzustellen.“ Der Königsberger Goethebund nimmt diese Anregung auf und erinnert in einem Aufruf daran, daß der ostpreussische Dichter Arno Holz, der demnächst in sein 60. Lebensjahr tritt, fast seine ganze Lebenszeit in wirtschaftlicher Entbehrung und Sorge zugebracht hat, einer Ehrengabe würdig sei.

* Eine Stiftung von 750 Millionen Mark! für die Künstler Braunschweigs. Der Industrielle Winkelmann-Braunschweig hat die Summe von 750 Millionen Mark zum Ausbau des alten Rathauses dem Rat der Stadt Braunschweig zur Verfügung gestellt. Das alte Rathaus soll zu einem Künstlerhaus umgebaut werden und Versammlungs-, Vortrags-, Leses- und Schreibsäle für Schriftsteller, Ausstellungshallen, Ateliers, Bibliotheken usw. für die gesamte Künstlerchaft, Dichter, Maler, Bildhauer, Musiker der Stadt Braunschweig enthalten.

* Hilfe für die Familie Richard Wagners. Auf die Nachricht von einer gewissen Kollage der Familie Wagners in Bayreuth hat der Aufsichtsrat der Wiener Volksoper, einem Vorschlag Weingartners entsprechend, beschlossen, sofort von Wagneraufführungen ein Prozent als Ehrenantenne an die Familie abzuführen. Bei der ersten von Richard Strauß dirigierten Aufführung des neuentworfenen „Annahäuser“ wurden durch besonders erhöhte Preise 10 Millionen Kronen für den Bayreuther Festspielfonds vereinnahmt.

* Gilberts Operette „Katja, die Tänzerin“ ist nach England veräußert worden. Allein der jenseits des Kanals gezahlte Voranschlag beträgt 4000 britische Pfund. Das waren nach dem der Zeit des Abschlusses entsprechenden Kurs annähernd eine dreieriertel Milliarde Mark, und damit der höchste Betrag, der bisher jemals in deutscher Währung am Theater gezahlt wurde.

* Eine Telefunken-Großstation in Holland. Vor kurzem hat die holländische Reichstelegraphenverwaltung die direkte drahtlose Verbindung mit Niederländisch-Indien aufgenommen, nachdem die Telefunken-Gesellschaft die Großstation Rotterdam bei Apeldoorn am 18. Januar 1923 übergeben und gleichzeitig die Gegenstation Walbar in Java fertiggestellt hatte. Diese Verbindung gestattet den ersten unmittelbaren und regelmäßigen drahtlosen Verkehr über die ungeheure Entfernung von 12 000 Kilometer, der Holland von fremdländischen Telegraphenfabriken unabhängig macht.

* Das Grab des Pharaos wieder verschlossen. Nachdem die Ausgrabungsarbeiten in dem Tal der Könige bei Luxor bis in die eigentliche Grabkammer des Pharaos Tutankhamen geführt haben, ist jetzt beschlossen worden, die Schätze dieser Kammer vorläufig nicht zu heben, sondern das Allerheiligste über Sommer wieder zu verschließen. Der Zugang zu der Grabkammer wird vollkommen luftdicht gemacht werden, um die Bitterungseinflüsse der heißen Jahreszeit von den noch vorzogenen Schätzen fernzuhalten. Das Grab wird sehr sorgfältig bewacht, um Diebstahl vor der Wiederöffnung zu vermeiden.

Zeitschriftenschau.

Die Aktualität, die heute alles, was den Rhein anlangt, hat noch lange haben wird, eine Aktualität, die in die Tiefen der Seele unseres Volkes reicht und eine ruhm- und leidreiche Vergangenheit, nicht literarisch, sondern lebendig wieder aufzuerstehen läßt, hat die Leitung der Zeitschrift „Die Meier“, die aller Oberflächenaktualität abhold ist, veranlaßt, ein Sonderheft „Der Rhein“ herauszugeben. Beiträge großer deutscher Dichter und Publizisten, wie Hölderlin, Hebel, Kleist, Mörike, Brentano, Stolberg, Arndt u. a. geben ein reiches Bild von Menschen und Landschaften des Rheins. Den Mittelpunkt bilden die, wie für den heutigen Tag geschaffenen Sätze des Prof. von Görres aus dem „Rheinischen Merkur“.

Badischer Landtag.

Die nächste Plenarsitzung

findet am Mittwoch, den 14. März, nachm. 4 1/2 Uhr, also morgen in 8 Tagen statt. Auf der Tagesordnung stehen die Gesetzentwürfe, die Gesetze und Beschlüsse usw., welche in den letzten Tagen die einzelnen Kommissionen des Landtags in der Vorberatung beschäftigt haben.

Die Beratung der Kreisordnung im Rechtsplegeausschuss gestaltete sich nach einem Kommissionsbericht des „Bad. Beob.“ wie folgt: Es kommt zuerst Abschnitt III, „Der Kreisrat“ zur Besprechung. Ein sozialdemokratischer Antrag will an Stelle einer festen Zahl von Mitgliedern eine Mindest- und Höchstzahl. Der Antrag wird angenommen. Die Zahl wird durch Satzung bestimmt, der Kreisrat besteht aus mindestens 5 und höchstens 9 Mitgliedern, einem Vorsitzenden und einem Stellvertreter.

§ 22 Abs. 4 will der Kreisversammlung das Recht zur Wahl eines besolbten Vorsitzenden geben. Der Berichterstatter beantragt Streichung dieser Bestimmung. Der Vorsitzende soll eine ehrenamtliche Stelle bekleiden. Ein sozialdemokratischer Redner setzt sich für Aufrechterhaltung der Regierungsvorlage ein. Ein demokratischer Redner tritt dem bei. Von der sozialdemokratischen Fraktion wird schließlich beantragt, daß ein besolbter Vorsitzender auf die Dauer von 4 anstatt 9 Jahren gewählt werden könne. Von Zentrumsseite wird auch diesen Antrag entgegengetreten. Der Zentrumsredner weist darauf hin, daß das Amt eines Vorsitzenden des Kreises eine Arbeitskraft nicht voll beansprucht. Eine Reihe von neuen Ausgaben würden dadurch entstehen, diese seien bei der schlechten wirtschaftlichen Lage der Kreise aber zu vermeiden. Der Antrag des Berichterstatters auf Streichung des § 22 Abs. 4 wird mit 15 gegen 4 Stimmen angenommen. Im Absatz 2 wird eine Bestimmung aufgenommen, wonach der Kreisvorsitzende zur Zeit der Wahl nicht im Kreisbezirk wohnen muß. § 26 Abs. 1 und 2 wird dem § 50, § 28 Ziff. 2 dem § 42 Abs. 1 der Gemeindeordnung angepaßt.

Feiner wird noch einmal zurückgegriffen auf die letzte Woche nicht entschiedene Auslegung des § 48 Abs. 6 der Gemeindeordnung, auf den in § 26 Abs. 3 Bezug genommen wird. Es wird schließlich folgende Änderung des § 48 Abs. 6 der Gemeindeordnung beschlossen:

„In den § 48 Abs. 6 Satz 3 der Gemeindeordnung vom 5. Oktober 1921 wird hinter „Leistungen“ eingeschaltet: „sowie bei der allgemeinen Regelung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Gemeindebeamten, „Angestellten und Arbeiter“.“

Nach Erledigung dieser Bestimmungen wird über den sozialdemokratischen Antrag zu § 16 abgestimmt. Er bezweckt die Einführung des automatischen Proporz für die Kreiswahlen. Die sozialdemokratischen Anträge werden mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Antrag des Berichterstatters, der jedem Amtsbezirk mindestens 7, im übrigen sozial abgeordnete geben will, daß auf 7000 Einwohner je ein Abgeordneter entfällt, wird einstimmig angenommen.

Der IV. Abschnitt, enthaltend die §§ 30—32, sieht die Möglichkeit der Errichtung von beschließenden Ausschüssen vor. In § 30 wird eingeschaltet, daß, falls eine Vereinbarung über die Zusammensetzung der Ausschüsse nicht zustandekommt, das Verhältniswahlverfahren Anwendung findet.

Auf demotischen Antrag wird in § 33 Abs. 2 eingeschaltet, daß eine Dienstentlassung der Mitglieder des Kreisrats und der Ausschüsse wegen Verletzung der Dienstpflichten nur im Benehmen mit dem für Städteangelegenheiten beim Landeskommissar erscheidenden Beirat erfolgen kann.

Badische Übersicht.

Warnung vor Benutzung französischer Züge.

Die Reichsbahndirektion teilt mit: Nach einem Telegramm der Direktion der Eisenbahnen in Elsass-Lothringen wollen die Franzosen ab 6. März den Bahndienst zwischen Offenbourg und Straßburg mit täglich zwei Personenzugpaaren in jeder Richtung aufnehmen. Da dem deutschen Personal bei der Durchführung dieser von französischem Personal gefahrenen

Der kaiserliche Jagdzug.

Aus dem Taketori Monogatari.*

Nun wohl! Auch der Mikado hatte von der entzückenden Schönheit der Kaguya Hime, welche nicht ihresgleichen habe, gehört und sagte zu der Hofdame Fusato Katatomi: „Jene Kaguya Hime hat so viele Männer nutzlos zugrunde gerichtet, deshalb, weil sie sich keinem von ihnen vermählen will; gehe du doch hin und sieh zu, was für eine Art von Frau sie ungefähr sein mag.“ Fusato hörte den Befehl eheverbiert an und ging hin. Am Hause des Bambusstammles wurde sie respektvoll empfangen und eingeladen einzutreten. Darauf sagte sie zu dem Weibe des Alten: „Auf allerhöchsten Befehl des Kaisers bin ich gekommen, Kaguya Hime zu sehen, denn der Ruf von ihrer Schönheit ist zu ihm gelangt.“ „Ich werde ihr das melden“, versetzte die Alte und ging hinein in das Zimmer der Kaguya Hime, der sie die Botschaft überbrachte und schloß: „Kaguya, rasch; gewähre der kaiserlichen Botin eine persönliche Zusammenkunft.“ Aber Kaguya Hime erwiderte: „Schön von Gestalt bin ich nicht; wozu sollte ich mich vor ihr sehen lassen?“ „Was für ungereimte Dinge redest du da? Wie kannst du des Kaisers Botin in so unheimlicher Weise behandeln?“ Kaguya Hime antwortete: „Für die Aufforderung des Kaisers bin ich nicht dankbar und werde ihr nicht Folge leisten, und weigerte sich zu erscheinen. Obgleich sie wie ein liebliches Kind mit ihren Pflegerinnen zusammenlebte, dachten diese doch niemals daran, etwas durch Zwang von ihr zu erlangen. Deshalb tadelte die Alte ihre beschämende Liebe nicht, so gern sie es auch getan hätte, sondern sie lehrte zu der Hofdame zurück und sagte ihr: „Ich empfinde es mit Bedauern, daß das Mädchen, welches noch sehr jung und schüchtern ist, sich hartnäckig weigert, zu einer Zusammenkunft zu erscheinen.“ Die Hofdame antwortete kurz: „Ich habe den strikten Befehl des Kaisers, das Mädchen zu sehen. Wie kann ich zurückgehen, ohne dies getan zu haben? Wer könnte daran denken, als Untertan des Herrschers in diesem Lande seinem Befehle nicht zu gehorchen? Weht keine Erklärung ab, die ich nicht melden kann!“ Obgleich diese beschämenden und vorwurfsvollen Worte der Kaguya Hime überbracht wurden, wollte sie doch nicht darauf hören: „Wenn ich dem Befehle des Herrschers zuwiderhandele, nun dann möge man mich rasch töten!“ Darauf lehrte die Hofdame zurück und berichtete vor dem Throne diese Erklärung. Als der Kaiser sie hörte, rief er aus: „Ihres Verzens Wunsch ist es, recht viele Männer zu töten und damit basta!“

* G. Müller, Verlag, München.

jüge jede Mitwirkung, unterliegt ist, kann für derartige Fälle keinerlei Betriebsfähigkeit gewährleistet werden. Die Reichsbahn warnt das Publikum vor der Benutzung. Etwaigen Schadenfallsansprüchen aus Unfällen bei der Benutzung dieser Züge gegenüber der deutschen Eisenbahnverwaltung kann nicht entsprochen werden.

Verschärfte Rheinbrückenkontrolle.

Im Verkehr über die Mannheim-Ludwigshafener Rheinbrücke ist gestern eine neue Verschärfung eingetreten. Es werden zwar Fußwerke, Autos usw. nach wie vor unbeaufsichtigt von Mannheim nach Ludwigshafen hinübergelassen, aber auf dem Rückwege wird von den Führern der Fußwerke eine „Ration“ in Höhe von 10 Prozent des Wertes des betreffenden Fußwerkes verlangt, die Verabreichung erfolgt durch die Franzosen. Die Summen, die verlangt werden, sind dementsprechend z. T. sehr hoch.

Die Mannheimer Betriebsobleute zur Lage.

Die Mannheimer Betriebsobleute hatten sich im Mannheimer Volkshaus in großer Anzahl versammelt, um Kenntnis zu nehmen von den Maßnahmen, die angesichts der Besetzung Mannheims getroffen wurden, um die Interessen der Arbeiter zu schützen. Berichterstatter war der Sekretär der Mannheimer Betriebsratszentrale, Herr Bischoff, der Mitteilung machte von den auf der Grundlage des sogenannten „Abkommens“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgelegten Vereinbarungen für Lohnfortzahlung. Ein Ausschuss für Mannheim ist zu diesem Zweck gebildet. Es wurde zu bestimmtem Verhalten der Arbeiterschaft aufgefordert, da nur auf diese Weise der Kampf um das Recht zur Arbeit bestanden werden könne. Keine mutwillige Arbeitsniederlegung dürfe erfolgen, in jedem einzelnen Falle entscheidet die betr. Gewerkschaftsvertretung, ob sie infolge des Eingreifens der Besatzungstruppen niederkulegen ist oder nicht. Aber die nötigenfalls einsehende Rhein- und Ruhrhilfe wurden ausläufernde Mittelungen gemacht. Scharf gerügt wurden die am Samstag begangenen Ansteinkäufe, die eine künstliche Preissteigerung verursachen. Sowohl mit der Preisprüfungsstelle wie mit dem Lebensmittelamt haben Verhandlungen stattgefunden, um den unheimlichen Samstagsruhr entgegenzutreten. Aber die Versorgung der Stadt Mannheim wurden beruhigende Mitteilungen gemacht. Insbesondere sind genügend Vorräte vorhanden.

Reichsbahndirektion Ludwigshafen.

Die französische Unterkommission hat an den Pfälzer Bahnhöfen folgenden Anschlag anbringen lassen:

„Das Inkrafttreten der neuen Verwaltung wird einige Zeit erfordern. Dem Publikum ist daher mitgeteilt, daß die Fahrplankontrolle bis auf weiteres mit Rücksicht geübt wird. Ebenso wird der Zugang zu den Zügen erleichtert werden. Der Verkehr wird bestmögliche ermöglicht, daß das deutsche Personal leistet. Das genaue Verzeichnis der fahrenden Züge ist noch nicht bestimmt. Dennoch verkehren heute 2 Züge 104 und 148 und zwei Züge nach Neustadt und einer nach Worms.“

Hinsichtlich Ausweisungen, Verhaftungen und sonstiger Anordnungen erfolgte 1. die Verhaftung des ältesten z. B. geschäftsführenden Leiters der Betriebsinspektion Ludwigshafen, Oberinspektor Gottfried. Er wurde ins Gefängnis abgeführt. Die Ausweisung des Vorstandes der Maschineninspektion Kaiserslautern, Regierungsrats Rind, und des Vorstandes der Betriebswerkstätten Kaiserslautern, Eisenbahningenieur Gobel sowie die Verhaftung des Lokomotivheizers Langhase, letzteren angeblich, weil seine Lokomotive in die Drehscheibe fiel. 2. Der Anschlag von Pfalzen, wonach Dienstwohnungen bis zum 8. März zu räumen sind, widrigenfalls die Inhaber ausgewiesen werden.

Die Reichsbahndirektion Ludwigshafen war bis jetzt bemüht, den Betrieb auf ihren Linien bis zum äußersten aufrecht zu erhalten. Sie hat dies getan im Interesse der pfälzischen Bevölkerung zur Aufrechterhaltung der Versorgung der Industrie mit Rohstoffen, der Bevölkerung mit Lebensmitteln und der Fabrikbetriebe, hinsichtlich der Beförderung der Arbeiter. Dies ist unter dem Druck der französischen Besatzungsbehörden nicht leicht geworden. Eine Reihe von Beamten und Arbeitern sind diesem langen Ausmarsch durch Ausweisungen u. Verhaftungen zum Opfer gefallen. Bis jetzt sind Industrie und Bevölkerung von diesen Vorgängen wenig berührt worden.

Der Kampf gegen die pfälzischen Eisenbahner.

Nachdem das pfälzische Eisenbahnpersonal sich geweigert hat, unter französischem Befehl weiter Dienst zu tun und deshalb von den Franzosen von allen Eisenbahnanlagen der Pfalz vertrieben wurde, wurde von der französischen Besatzungsbehörde durch Plakatanschlag mitgeteilt, daß alle Dienstwohnungen der pfälzischen Eisenbahner bis zum 8. März, vormittags 8 Uhr, geräumt sein müssen. Von dieser Maßnahme werden nicht nur die eigentlichen Dienstwohnungen, sondern auch die Wohnungen in den von der Eisenbahnbauingenieurerei erbauten Häusern, im ganzen etwa 100 Wohnungen in Ludwigshafen allein, betroffen, so daß dort etwa 100 Familien aus ihren Wohnungen verdrängt werden. In Germersheim beträgt die Zahl der zu räumenden Wohnungen 14.

Nach Erläuterung der französischen Unterkommission bezieht sich der Befehl, das sämtliche Dienstwohnungen bis Donnerstag, den 8. März, vormittags 8 Uhr, geräumt sein müssen, auf alle Dienst- und Mietwohnungen in bahnbezogenen Gebäuden. In Betracht kommen rund 1300 Wohnungen. Für die Unterbringung der durch diese ungeheuerliche Maßnahme aus ihren Wohnungen Vertriebenen ist Vorkehrung getroffen. Von Interesse ist auch noch der Entwurf eines Einstellungsvertrages für die Einstellung von Personen in den französischen Eisenbahndienst: „Zwischen Herrn . . . Vertreter der Unterkommission der Reichseisenbahnen in Mainz und Herrn . . . (Vor- und Zunahme, Geburtsort und Jahr, Familienstand, Alter und Anzahl der Kinder) ist vereinbart worden, daß Herr . . . welcher den Vertrag annimmt, für einen Verdienst von . . . M. pro Stunde eingestellt ist. Täglich wird er eine zehnstündige Arbeitszeit unter Leitung und Kontrolle der französischen Behörden leisten. Die Entschädigungsfrage über Unfälle usw. während der Arbeit ist bis auf weiteres vorbehalten. Keine Gewähr ist darüber gegeben. Unterschrift.“

Der Offenburger Bürgermeister Dr. Bührer

wurde nicht nach Mainz verbracht, er ist aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen und bei Manden abgesetzt worden; zurzeit befindet er sich in Karlsruhe.

Unterbringung von Kindern aus den besetzten Gebieten.

DZ. Erfreulicherweise ist auf den Aufruf der Landwirtschaftskammer hin schon eine erhebliche Anzahl von Anmeldungen für die Unterbringung von Kindern aus den besetzten Gebieten aus landwirtschaftlichen Kreisen eingelaufen. Meist werden Kinder im Alter von 10—14 Jahren gewünscht. Es ist jedoch ganz besonders notwendig, daß jüngere Kinder im Alter von 4 bis 10 Jahren, die eine gute Verpflegung am nötigsten haben, außerhalb der besetzten Gebiete untergebracht werden. Wir richten daher die dringende Bitte an die Landwirte, sich der Kinder in jüngerem Alter auch anzunehmen. Da die Organisation der Unterbringung der Kinder in den besetzten Gebieten noch nicht voll durchgeführt ist, wird es noch einige Zeit dauern, bis die Zuteilung der Kinder erfolgen kann. Es werden daher diejenigen, die sich zur Aufnahme bereit erklärt haben, gebeten, sich zu gedulden, bis die Verteilung der Zentralstelle aus erfolgt ist. Die Landwirtschaftskammer wird dann jedem, der sich gemeldet hat, direkt Nachricht geben.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Die Räumung von Schneeschuhen in Füllingen.

Schneeschuhe und Modelschuhen dürfen wegen betriebs- und verkehrsdienstlicher Schwierigkeiten in die Personenwagen der Eizüge der Strecke Freiburg (Breisgau)—Neustadt (Schw.)—Donauwörthingen und Freiburg—Donauwörthingen—Karlsruhe nicht mitgenommen werden.

Ruhrspenden. Die Beamtenschaft des Landesfinanzamts hat sich mit dem Vorschlag ihres Dienststellenausschusses, für die Rhein- und Ruhrhilfe als dauerndes Opfer künftig den Betrag von etwa 1 v. O. ihrer laufenden Bezüge zur Verfügung zu stellen, einverstanden erklärt. Als Sammelergänzung für den Monat Februar wurden rund 600 000 M. an die Badische Bank abgeführt, nachdem bereits im Januar durch freiwillige Zeichnung eine namhafte Summe aufgebracht wurde.

Wir werden einen kaiserlichen Jagdzug veranstalten lassen und sie wohl auf diese Weise sehen.“ Der Alte erwiderte: „Das ist eine ganz vortreffliche Sache. Wenn ihr Herz nichts ahnt, kommt plötzlich der Jagdzug mit Sr. Majestät, und letztere sieht sie sich gnädig an.“ Als der Alte so gesprochen, setzte der Mikado insgeheim einen Tag für die kaiserliche Jagd fest. Als er nun hinausging und in das Haus der Kaguya Hime eintrat, da sah er, daß es ganz von Glanz erfüllt war, in dessen Mitte sich ein wunderliches Wesen befand. „Das ist sie!“ dachte er und näherte sich ihr, aber sie lief in das innere Gemach hinein. Es gelang ihm noch, ihren Armel zu erfassen, sie aber verhüllte ihr Gesicht; jedoch hatte er schon einen Blick auf dasselbe erhascht und gesehen, daß sie unvergleichlich schön war. „Nein, ich lasse dich nicht weggehen“, rief er und verführte sie mit sich fortzuführen, aber Kaguya Hime antwortete und erwiderte eheverbiert: „Wäre ich in diesem Lande geboren, so würde ich dir wahrlich gern dienen, so aber ist es selbst für dich unmöglich, mich mitzunehmen.“ Als der Mikado fragte: „Warum sollte das wohl nicht sein? Erst recht werde ich dich mit mir nehmen“, und als er schon seine Hände heranzubringen ließ, war Kaguya Hime plötzlich verschwunden. Enttäuscht und niedergeschlagen über ihr plötzliches Verschwinden war er nun überzeugt, daß sie kein gewöhnliches sterbliches Wesen sei, und er sagte: „Bitte, nimm doch meine frühere Gestalt wieder an; ich will auch nicht wieder versuchen, dich hinwegzuführen, sondern wenn ich dich noch einmal gesehen habe, werde ich heimkehren.“ Da nahm Kaguya Hime ihre frühere Gestalt wieder an, und der Mikado war noch mehr entzückt als zuvor. Dem Maro Mikasuto aber war er dankbar, daß dieser ihn in den Stand gesetzt hatte, solche Schönheit zu schauen. Inzwischen war all das Jagdgeschehen von den Leuten des Alten aufs glänzendste bewirtet worden. Wie nun der Kaiser bei seiner Heimkehr Kaguya Hime zurücklassen mußte, empfand er tiefes u. schmerzliches Bedauern; es dünkte ihm, als ob er seine Seele dort zurücklasse, als er in seine Staatskammer stieg, um in den Palast zurückzukehren. Da verfaßte er für Kaguya Hime die Strophe:

Allein keh' ich heim
Zur Königsburg; vergebens
Blicke sehnfüchtig
Zurück ich nach der herzlos
Kalten Kaguya Hime.
Ihre respektvolle Entgegnung war:
Warum sollte ich,
Der so lang' ein einfach Haus,
Weinumtrank, genügt,
Dieses wohl vertauschen jetzt
Mit dem prächtigen Palast?

Von den dem babilischen Kontingent angehörenden Reichswehrtruppen liegende folgende Meldungen über abgelieferte Beiträge für die Aushilfe vor: I. Bataillon (Bad.) Inf.-Regt. Meiningen: 484 230 M. (eine neue Sammlung ist eingeleitet), 3. und 4. (Bad.) Eskadron Reiter-Regt. 18 in Ludwigsburg: 243 000 M., II. (Bad.) Abteilung Artillerie-Regts. 5 in Ulm: 522 078 M. (eine neue Sammlung steht bevor).

Stierheim, 6. März. Nach einem Beschluß des Gemeinderats sollen die Bestattungskosten mit Ausnahme von Leichenwagen fortan die Stadt übernehmen.

Heidelberg, 6. März. Um der Autoplagge entgegenzuwirken, beabsichtigt die Polizeidirektion Heidelberg vom Frühjahr bis zum Späthjahr für einzelne Straßen den Autoverkehr an den Sonntagen vollständig zu sperren, so auf den Straßen Heidelberg-Schlierbach und Heidelberg-Biegelhausen. Wegen Zweikampfes kamen hier acht Studenten zur Anzeige.

Aus der Landeshauptstadt.

Wagner-Abend. Nach dem von anderen Städten gegebenen Vorbild wird auch hier ein festlicher Richard Wagner-Abend zum Gedächtnis an den 40. Todestag des Meisters († 13. Februar 1883) im großen Festhallsaal, am Samstag, den 10. März, stattfinden. Unser Badisches Landesballett, welches unter der Leitung von Siegfried Wagner aus Würzburg ein gewähltes Programm spielt, das Werke von Richard und Siegfried Wagner enthält. Siegfried Wagner stand zu unserer hiesigen Bühne immer in engster Fühlung. Siegfried Wagner hat ja seiner Zeit die Aufführung seines „Bärenhäuters“ hier heraufgebracht. Als Gesangsdirigent ist Herr Willy Zilken, für das Klavierkonzert Herr Karl Spittel gewonnen worden. Kartenverkauf bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.

Landestheater. In der morgigen Vorstellung von „Madame Butterfly“ hat Fräulein Nobess für das erkrankte Fräulein Siebert die Partie der Butterfly übernommen. Die übrige Besetzung bleibt mit Ausnahme der Partie des Yamadori, welche Herr Wirth übernommen hat, die frühere.

Kommunalpolit. Rundschau.

Steuerkraft und Selbstverwaltung.

Von Stadtrat H. von Frankenberg, Braunschweig.

KK. Der Gedanke, daß der einzelne Staatsbürger je nach dem Ausmaß seiner Beteiligung an den öffentlichen Lasten größere oder geringere Befugnisse bei Abstimmungen und Wahlen habe, ist seit dem Umschwung der Dinge preisgegeben und wird als Widerspruch gegen das allgemeine Mitwirkungsrecht des Volkes betrachtet. Daß aber ein gewisses Gemeinwesen, mag es groß oder klein sein, in dem Aufbau und der Aufrechterhaltung seiner Selbstverwaltung, in der Wahrnehmung seiner Befugnisse gegenüber den Nachbargemeinden, dem Staat und dem Reich, in allen bedeutenden Entwicklungsfragen auf das empfindlichste durch die Gestaltung seiner Steuerkraft berührt wird, und daß es geradezu lähmend auf die Entscheidungsfähigkeit seiner Leiter wirken kann, wenn auf Schritt und Tritt das Gespenst finanzieller Anzulänglichkeiten wegen des Mangels an hinreichenden Steuererträgen auftaucht, muß man sich erst vollständig klar machen, um zu erkennen, in welcher schwierigen, unleidlichen und auf die Dauer verderblichen Lage sich heute die deutschen Gemeinden befinden. Man hat ihnen die Hauptlaste ihrer selbständigen Besteuerungsberechtigung bei Einführung der Reichssteuerreform genommen, aber ein Ersatz dafür ist nicht gewährt, und fort und fort sind

neue Aufgaben, neue Lasten ihnen aufgebürdet, deren sich Reich und Länder nicht besser zu entledigen wußten. Ein gründlicher Sachkenner, der Reichsminister a. D. Koch, hat in zwei lehrreichen Aufsätzen („Landessteuergesetz und Selbstverwaltung“) in Nr. 51 und 55 des „Berliner Tageblatt“ vom 31. Januar und 3. Februar 1923 die Sachlage treffend geschildert und mit bitteren Worten die Städte als „Taschengeldempfänger“ gekennzeichnet, die nur noch durch ausgiebige Zuwendungen des Reiches nach jedesmaliger beschränkter Beantragung zum Haushalten in der Lage sind. Man wird diesem herben Urteil durchaus beipflichten und es dadurch noch ergänzen müssen, daß man die Dringlichkeit der Abhilfe im Hinblick auf die Gefahren für ein selbstbewußtes Bürgerstum und für das Gedeihen der Volksbildung, der Wohlfahrtspflege und der gesamten städtischen Entwicklung kräftig in den Vordergrund stellt. Die städtischen Ausführungsstellen sind um so wertvoller, als ihre Verfall vor seiner Ministerialität auch als Oberbürgermeister am verantwortlichen Stelle eines öffentlichen Gemeinwesens gestanden und einen tiefen Einblick in die Verhältnisse getan hat, die für die Entscheidung in Betracht kommen.

Es ist erfreulich, daß die Gemeinden immer wieder, statt in stumpfer Ergebung das über sie verhängte Schicksal hinzunehmen, dagegen anzukämpfen bemüht sind. Das zeigt klar, daß in ihnen ein gesunder Kern steckt, den wir getrost als Selbsthaltungstrieb bezeichnen dürfen. Vernichtet man den angestrebten finanziellen Selbstständigkeit der Gemeinden, dann ist es mit ihrer Selbstverwaltung in Wirklichkeit bald genug vorbei, denen sie fortan unmittelbar oder mittelbar gezwungen, den Willen des Reiches, des Landes oder vielleicht sogar eines aufstrebenden Geldadels als Richtschnur ihres Handelns gelten zu lassen. Man stelle sich dabei nicht nur die Fälle vor, in denen es sich (wie z. B. beim Erlass von Steuererlassen) um die Ausübung des ausschließlichen genehmigungsrechtlichen, sondern man ziehe den Betrachtungsgegenstand weiter und rechne dazu all die zahlreichen Betriebsverwaltungen der Stadt, bei denen mancherlei Veränderungen, Erweiterungen und neue Maßnahmen in Frage stehen; man denke ferner an Anlagen von Grundstücken und Gebäuden, an das Siedlungswesen, an die Verkehrs-, Eisenbahn-, Kanal- und Sapsenpolitik, an Eingemeindungen und Ausdehnungen des Stadtbebauungsplanes, an die mannigfachen Erwartungen und Hoffnungen, die ein aufstrebendes Gemeinwesen an ruhiges, entschlossenes Vorgehen seiner Selbstverwaltungsorgane knüpft. Fällt ihm jedoch die vorgelegte Behörde allenthalben in den Arm, weil die Finanzverhältnisse der Stadt es nicht zulassen erscheinen lassen, mit einem gewissen Bagamut in die Zukunft zu blicken, dann zerbricht nach und nach auch der feste Wille und macht dem trübseligen Gefühl Platz, daß alles eigene Mühen vergeblich sei.

Mit der unbestimmten und ihrem Umfange nach unberechenbaren Aussicht auf Überweisungen aus der Reichseinkommen-, Körperschafts-, Umsatzsteuer usw. ist den Gemeinden schlichterhand nicht geboten: sie wissen nicht, wie sie daran sind, sie müssen immer aufs neue bitten, verhandeln, hoffen und hoffen, jede schwache Erörterung über künftige Pläne wird dadurch beeinträchtigt, und die Gefahr liegt nur zu nahe, daß die für die Überweisungen maßgebenden Behörden das Bewußtsein erlangen, sie hätten die Gemeinden in der Hand. Das ist ein durchaus ungesunder Zustand, bei dem von einer Blüte der Selbstverwaltung nicht die Rede sein kann, von guten Früchten ganz zu schweigen. Will man ein tüchtiges Gemeinleben sich entfalten sehen, von dem das Reich und die Länder den Nutzen spüren, dann mache man zu einem wesentlichen Teile die Gemeinden wieder zu den Herren ihrer Finanzlage, zu der eigenen Schmiege ihres wirtschaftlichen Glückes, und man wird in kurzer Zeit den Aufschwung sehen, der damit verbunden ist. Es war ein verhängnisvoller Schritt, daß man die Besteuerung des reichssteuerfreien Mindesteinkommens den Gemeinden genommen hat, als die Verfügung dazu kaum in Kraft getreten war. Jetzt bleibt, nachdem man so weit gegangen ist und außerordentlich weitgehende Steuerbefreiungen und Steuer-

ermäßigungen hinzugefügt hat, kann noch etwas anderes übrig, als daß man den Erlass für den Steuerausfall der Gemeinden auf anderem Gebiete sucht. Will man sich zu einem Zuschlagsrecht betreffs der Reichseinkommensteuer und verfahren, dann muß man nicht nur die gewöhnlichsten Überweisungen ganz bedeutend erhöhen, sondern auch für andere Steuern größere Bewegungsfreiheit als bisher einräumen.

Die lästige Doppelaufsicht durch die Länder und durch den Reichsfinanzminister ist wahrlich nicht zu einer Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung geeignet, sie ist ein arger Demmshub, der als drückend und überflüssig empfunden wird. Durch Richtlinien, durch Verordnungen der verbündeten Regierungen und durch die Rechtspredigt der Verwaltungsgerichte bis zum Reichsfinanzhof wird eine genügende Gleichmäßigkeit und Einheitlichkeit erzielt, die man nicht durch die Zuständigkeit des Reichsfinanzministers oder der von ihm beauftragten Dienststellen zur Nachprüfung jedweder Steuererfassung bis ins Unerträglichste zu steigern Veranlassung hat.

Als es Preußen und einem großen Teile Deutschlands vor mehr als hundert Jahren nach einem unglücklichen Kriege sehr schlecht ging, da hat man mit glücklichem Geiste die Selbstverwaltung der Gemeinden als die tragfähige Unterlage hingestellt, auf der sich ein neues, wohlgeordnetes und doch freieres Volksleben entwickeln konnte. Heute sind die Zeiten wieder ernst genug, das „Jetzt oder nie!“ um Tausenden mag manchem in den Ohren klingen — um so weniger paßt in die Gegenwart ein Geist der Bedrückung und der finanziellen Abhängigkeit unserer Gemeinden von der Willkür der Reichs- und Landesregierungen. Möge es deshalb gelingen, das Reichsgesetz über den Finanzausgleich so zu gestalten, daß dabei die Gemeinden nicht zu kurz kommen, und daß ihnen für ihre Selbstverwaltung der Rücken gestärkt, nicht das Rückgrat gebrochen wird!

Freie Aussprache.

Die vorstehenden unter dieser, vom übrigen redaktionellen Teil abgetrennten Rubrik abgedruckten Darlegungen und Anregungen sind allen Parteien, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen, schiedsrichtlich demnach zu veröffentlichen, welche die politische Verantwortung der Redaktion.

Zur Frage der Sommerzeit

Schreibt der „Badische Beobachter“ in Nr. 53 folgendes:

„Die Sommerzeit geizert wieder einmal in Berlin. Man spricht von deren Wiedereinführung. Das geschieht erst Jahre um diese Zeit, aber dieses Jahr scheint es etwas früher zu sein. Vielleicht hängt es mit der Ausbreitung von Kohlen, Gas, Licht usw. zusammen. Tatsache ist, daß die Sommerzeit Vorteile hat, vor allem für Ostelbien, in dessen Bereich ja auch Berlin liegt. Je weiter die Berliner Sommerzeit aber nach dem Westen rückt, desto mehr schwinden die Vorteile und werden sich die Nachteile. Wir haben es ja ausprobiert und in Baden jedenfalls hat die Sommerzeit fast nur unangenehme Erinnerungen hinterlassen. In der Landwirtschaft ist man geradezu wütend geworden über die Sommerzeit, weil in den Ställen besonders alles verheert schien infolge der Sommerzeit. Wir sind der Meinung, daß man, wenn nicht etwas Geschickteres dabei herauskommt als das letzte Mal, wo wir die Sommerzeit hatten, von deren Einführung absehen soll. Man darf uns Westbavariern nicht dafür strafen, daß wir nicht in der Mitte oder im Osten des Reiches wohnen. Man darf das besonders gegenwärtig nicht, wo wir manche andere Last zu tragen haben, die man in der Mitte und im Osten des Reiches nicht kennt. Wir mahnen zur Vorsicht.“

Badisches Landestheater.
Dienstag, 6. März. 7 u. 9¹⁵ Uhr. Sp. I 4000 M.
Abonn. G 15. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4801—5000.
Fidelio.

Badisches Landestheater.
Mittwoch, 7. März. 7 u. 9¹⁵ Uhr. Sp. I 4000 M.
Abonn. E 16. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3901—4200.
Madame Butterfly.

Festhalle.
Samstag, den 10. März, abends 7¹⁵ Uhr
Wagner-Abend
(anlässlich des 40jährigen Todestages am 13. Februar 1923) unter Mitwirkung des
Badischen Landestheaterorchesters
Herr Willy Zilken (Bad. Landestheater)
Herr Karl Spittel (Bad. Landestheater)
Leitung:
Siegfried Wagner
Programm siehe Plakate.
Karten zu M. 3000, 2500, 2000, 1500 u. 1000
(einschl. Steuer und Einlaßgebühr) bei
Kurt Neufeldt.

Badisches Konservatorium für Musik
Karlsruhe.
Neu eingerichtet:
Singschulkurs für Jugendliche.
Beginn nach den Osterferien.
Um die Stimmprüfungen noch vor den Ferien durchzuführen, müssen die Anmeldungen in der Zeit vom 7. bis mit 10. März beim Sekretariat, Sofienstraße 43, erfolgen.
Die Direktion:
Professor Heinrich Kaspar Schmid.

Spar- und Darlehensverein der Angehörigen der bad. Staatsverwaltung und der Beamten der Städte der Städteordnung.
Der Zinsfuß für Spareinlagen ist auf 6 u. 5, für Darlehen auf 10 u. 8 p. festgesetzt worden.
Karlsruhe, den 1. März 1923.
Der Vorsitzende:
Zimmermann, Ministerialrat.

Edikt
zur Einberufung der dem Gerichte unbekanntem Miterben.

Vom Cs. Bezirksgerichte Leitmeritz wird bekannt gemacht, daß am 19. Dezember 1921 die kinderlose Witwe **Emilie Krämer geb. Winkler**, geboren 2. Mai 1850, Private in Leitmeritz Stadtplatz mit Hinterlassung von Codicillen gestorben ist.

Da diesem Gerichte unbekannt ist, ob und welche Personen von der Seite des erlassenen Vaters Josef Allan Winkler aus Bruchsal, Pöcking Baden, auf Verlassenschaft ein Erbrecht zufließt, so werden alle diejenigen, welche hierauf aus was immer für einem Rechtsgrunde Anspruch zu machen gedenken, aufgefordert, ihr Erbrecht binnen einem Jahre, spätestens bis 15. Februar 1924, bei diesem Gerichte anzumelden und unter Ausweisung ihres Erbrechtes ihre Erbschaftsstellung anzubringen, widrigenfalls die Verlassenschaft mit jenen, die sich werden erbschaftlich und ihren Erbrechtstitel ausgewiesen haben, verhandelt und ihnen eingetragener, der nicht angeordnete Teil der Verlassenschaft aber vom Staate als erlosb eingezogen würde. Für die obgenannten unbekanntem Erben wurde H. Dr. Heinrich Töpfer, Advokat in Leitmeritz, zum Kurator bestellt.

Cs. Bezirksgericht Leitmeritz Abt. 1
am 3. Februar 1923.

Zu vierjährigem Knaben in großem Haushalt in Karlsruhe eine absolut zuverlässige, gesunde

Kinderstewes
baldigt gesucht. Ausführl. Offerten unter B. 283 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitliche Gerichtsbarkeit.

N. 349. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über den Nachlaß des verstorbenen Bauunternehmers Ludwig Reib, hier, wurde Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Befehlshandlung der Gläubiger über die nicht verweibaren

Vermögensstücke auf Mittwoch, den 28. März 1923, vormittags 11 Uhr, vor das Amtsgericht Karlsruhe A 5, Akademiestr. 8, 2. Stod., Zimmer 150, anberaumt.

Karlsruhe, 28. Febr. 1923.
Abt. Amtsgericht A 5.
Gerichtsschreiber.

Verchiedene Bekanntmachungen.

Gemäß § 214 S.O.B. machen wir bekannt, daß Herr Geh. Medizinalrat Dr. G. A. Merk in Darmstadt durch Tod aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist.

Wannheim, 28. Febr. 1923.
Rheinische Spweibebank.
Der Vorstand.

Bekanntmachung.
Die öffentliche Verlosung von Schulverschreibungen der israelitischen Gemeinde Bruchsal aus dem Anleihen vom Jahre 1880 findet Donnerstag, den 22. März d. J., nachmittags 2 Uhr, in unserem Sitzungszimmer (Suttenstraße 2) statt.

Rugholzversteigerung
Das Forstamt Emmendingen versteigert am Donnerstag, den 15. März, beginnend 10 Uhr, und am Freitag, den 16. März, beginnend um 10 Uhr, im Schwarzwälder Hof in Emmendingen aus dem Domänenwald „Zehner Almene“: Eichen 34 I, 53 II, 119 III, 128 IV, 107 V. und 1 VI, 83 Hainbuchen III bis V, 34 Eichen II—VI, 3 Horn V, 11 Birken IV bis V, 6 Erlen IV u. V, 8 Alazien VI, 2 Linde IV, und V, 2 Kappeln IV, u. V, 5 Kirschbaum V u. VI, sowie aus dem Appentwald: 1 Ulme IV.

Der Singsagenrat:
Rudolf Schloßberger.

Rugholzversteigerung
Das Forstamt Emmendingen versteigert am Donnerstag, den 15. März, beginnend 10 Uhr, und am Freitag, den 16. März, beginnend um 10 Uhr, im Schwarzwälder Hof in Emmendingen aus dem Domänenwald „Zehner Almene“: Eichen 34 I, 53 II, 119 III, 128 IV, 107 V. und 1 VI, 83 Hainbuchen III bis V, 34 Eichen II—VI, 3 Horn V, 11 Birken IV bis V, 6 Erlen IV u. V, 8 Alazien VI, 2 Linde IV, und V, 2 Kappeln IV, u. V, 5 Kirschbaum V u. VI, sowie aus dem Appentwald: 1 Ulme IV.

Der Singsagenrat:
Rudolf Schloßberger.

Stammholzversteigerung.
Die Gemeinde Gamsfurt versteigert am Dienstag, den 13. d. M., vorm. 11 Uhr beginnend, im Adler dahier nachbezeichnete Holz:

55 Eichen von 2,85 fm abwärts,
125 Eichen von 1,45 fm abwärts,
59 Erlen von 0,68 fm abwärts,
35 Birken von 0,59 fm abwärts,
8 Horn, 1 Hainbuche,
4 Kappeln, 1 Ulme.
Gamsfurt, 1. März 1923.
Der Gemeinderat.

Rugholzversteigerung
des Bad. Forstamts Langensteinbach, jeweils vormittags 9 Uhr im Gasthaus zum „grünen Baum“ in Langensteinbach und zwar: Mittwoch, den 14. März d. J. aus Domänenwald „Höflein“ Kappeln und Steinig für Handwerker und Selbstverbraucher: Eichen 4 IV, 13 V, Buchen 1 III, 2 IV, Forstenabschnitte 3 I, 22 II, 4 III, Fichtenstämme 3 I, 6 III, 54 V u. VI, Kadelstangen: 15 Bau-, 10 Hag-, 60 Hopfenstangen I, 105 II, 90 III, 125 IV, 205 Reb- und 150 Wohnstücken. Die Zulassung ist abhängig von einer Bescheinigung der Handwerkerorganisation oder bei Selbstverbraucher des Bürgermeisters. Derzeitiger des Holzes die Domänenwaldhüter Beutelsbacher in Auerbach und Becker in Stupferich.

Donnerstag, den 15. März d. J. aus den Distrikten Rappentusch und Hermannsgrund Abt. IV. 6—12, V 13, 20, 21 und 25 bei unbeschränkter Zulassung: Eichen 14 I, 6 II, 5 III, 12 IV, 9 V, Buchen 5 II bis V, Forstenstämme 3 I, 42 II, 5 IV u. V, Forstenabschnitte 10 I, 38 II, 11

III; Fichten- u. Tannenstämme 36 IV—VI, desgl. Abschnitte 9 I—III, Kadelstangen: 15 Bau-, 10 Hag-, 90 Hopfenstangen I—IV, 25 Rebsteden; Eichenmuttere 9. Forstlager des Holzes Oberforstwart Schäfer in Obermühlbach. N. 348

Wir vergeben den Umbau des Hornbergertalübergangs (im Bahnhof Hornberg an der Schwarzwaldbahn) sieben Gewölbe mit beil. 18 000 cbm Mauerwerk. Es kommen nur größere leistungsfähige Unternehmungen in Betracht, welche Erfahrung im Massivbrückenbau besitzen. Pläne u. Bedingungen liegen auf unserm Geschäftszimmer auf; kein Versand nach abwärts. Angebote mit entsprechender Aufschrift versehen sind portofrei spätestens Samstag, den 7. April 1923, vormittags 12 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 2 Wochen. N. 361

Billingen, 2. März 1923.
Bahnbaubehörde
Billingen.

Bühlertalbahn.
Am 15. März 1923 wird die an der Bühlertalbahn gelegene Station Altschweier nach Durchfahrt des letzten fahplanmäßiger Zug für den Gesamtverkehr geschlossen. Die nach diesem Tag f. Altschweier eintreffenden Züge werden bei der nächstgelegenen Station Bühlertal zur Abnahme bereitgestellt. N. 359

Karlsruhe, 3. März 1923.
Badische Lokal-Eisenbahnen
A. G.